## Pressemitteilung



## 5.11.2025

HRK: Hochschulen als Zukunftswerkstätten der nachhaltigen Entwicklung stärken

Die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) haben sich am Dienstag in Osnabrück auf Grundsätze zur Rolle der deutschen Hochschulen in der gesellschaftlichen Transformation hin zur Nachhaltigkeit verständigt. Das neue Papier aktualisiert und erweitert bisherige Nachhaltigkeitsempfehlungen der HRK und bietet Handlungsimpulse, die Hochschulen in allen ihren Leistungsbereichen – von Studium und Lehre über Forschung und Transfer bis hin zu Betrieb und Governance – bei der Entwicklung eigener Nachhaltigkeitskulturen und -strategien konkrete Orientierung geben sollen.

"Mit dieser Empfehlung bekennen sich die Hochschulen in der HRK zu einer aktiven Rolle in der Gestaltung einer Zukunft im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen", erläutert Prof. Dr. Dorit Schumann, HRK-Vizepräsidentin für Transfer und Nachhaltigkeit. "Wir wollen nicht nur auf Herausforderungen reagieren, sondern vorausdenken und im eigenen Handeln beispielgebend sein. Die deutschen Hochschulen bringen sich als Zukunftswerkstätten und als Orte der Innovation, Reflexion und Aushandlung in die gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation ein. Die im Januar im Bund beschlossene Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erkennt das ausdrücklich an."

HRK-Präsident Prof. Dr. Walter Rosenthal erklärt: "Hochschulen können als offene, autonome Wissenschaftseinrichtungen in besonderer Weise Räume schaffen, in denen neue Lösungen entstehen und erprobt werden. Die Bedingungen der einzelnen Hochschulen unterscheiden sich allerdings. Sie werden eigene strategische Schwerpunkte setzen. Die vorliegenden Empfehlungen werden dafür von großem Nutzen sein."

Für die Entwicklung spezifischer Transformationsprofile seien den Hochschulen gezielt finanzielle Ressourcen, den Aufgaben angemessene Infrastrukturen – auch und gerade im Hochschulbau – sowie ein verlässlicher Rahmen für den Aufbau von Nachhaltigkeitskompetenzen zur Verfügung zu stellen, so Rosenthal mit Blick auf die Verantwortung von Bund, Ländern und Förderinstitutionen.

## Zum Text der Empfehlung

B-1040 Brüssel